



## Atommüll

**12.500 Tonnen, eine Million Jahre**

**Der Standort für ein Atommüllendlager muss in einem offenen Verfahren gesucht werden. Denn die Geschichte der deutschen Atommüllpolitik liest sich als eine lange Liste gebrochener Versprechen.**

VON HARALD SCHUMANN

14.8.2008 0:00 Uhr

Eine Million Jahre. Jede Planung, die den Anspruch erhebt, für einen solchen Zeitraum zu gelten, ist Phantasterei. Und doch benannte das Umweltministerium nun diesen Zeitrahmen, um festzulegen, wie lange ein Endlager für hochradioaktive Abfälle sicher abgeschlossen bleiben soll. Das entspricht zwar den Vorgaben der Physik. Das strahlende Erbe des Atomzeitalters bleibt eben fast für die Ewigkeit eine tödliche Gefahr.

Gleichwohl dokumentiert der Vorgang nur einmal mehr, wie fahrlässig Politiker und Manager seit nunmehr fünf Jahrzehnten mit dem Problem umgehen. Während die beauftragten Gutachter in Äonen denken, kommen jene, die qua Amt die Verantwortung für den deutschen Anteil an diesem Menschheitsproblem tragen, nicht mal über ihre Legislaturperioden hinaus.

Und so liest sich die Geschichte der deutschen Atommüllpolitik als eine lange Liste gebrochener Versprechen. „Wir bekräftigen den Grundsatz, dass die sichere Gewährleistung der Entsorgung eine der unabdingbaren Voraussetzungen für den weiteren Ausbau der Kernenergie bildet.“ So versprochen es die Ministerpräsidenten und der damalige Bundeskanzler Helmut Schmidt im Jahr 1979, und ihre Nachfolger hielten es nicht anders. Aber 29 Jahre später ist noch immer nichts gesichert, und die Atomstromfabriken laufen trotzdem. 12 500 Tonnen tödlich strahlender verbrauchter Nuklearbrennstoff sind darum bereits angefallen und werden provisorisch in Zwischenlagern aufbewahrt. Jedes Jahr kommen 420 Tonnen dazu. Derweil verharrt die Endlagerplanung auf dem Stand von 1979.

Die größte Schuld daran tragen die Unionsparteien und damit auch die Bundeskanzlerin. Ausgerechnet jene, die den Ausstieg aus dem Atomausstieg propagieren und den Atommüllberg um einige tausend Tonnen schwerer machen wollen, beharren darauf, dass mit dem Salzstock in Gorleben bereits ein Endlagerstandort gefunden und jede weitere Suche überflüssig sei. Aber das ist unwissenschaftlich und missachtet die demokratischen Rechte der Bevölkerung. Schließlich will niemand die strahlende Last in seiner Nachbarschaft haben. Folglich ist es ein Gebot der Vernunft, alle potenziell geeigneten Standorte zu untersuchen, um am Ende nachprüfbar sagen zu können, dieser Salzdom oder jene Tonschicht bietet die bestmögliche Sicherheit. Nur so, in einem offenen Verfahren unter Beteiligung auch solcher Wissenschaftler, die nicht der interessierten Industrie nahestehen, ließe sich die Zustimmung der Bevölkerung gewinnen. Genau nach diesem Prinzip verläuft derzeit die Endlagersuche in der Schweiz und nur die Bequemlichkeit der Wahlkämpfer in den C-Parteien verhindert, dass in Deutschland genauso verfahren wird. Aber auch die SPD und ihr Umweltminister werden ihrer Verantwortung nicht gerecht. Anstatt den Konflikt endlich offen auszutragen, halten sie lieber still, um die Koalition zu retten.

Eine Million Jahre? Noch reicht der Mut deutscher Politiker nur bis zur nächsten Wahl.

*(Erschienen im gedruckten Tagesspiegel vom 14.08.2008)*